Stellungnahme Bürgerforum Backnang (BfB) zum Haushaltsplanentwurf 2020

Ich grüße Herrn Oberbürgermeister Dr. Nopper,
Herrn Ersten Bürgermeister Janocha, Herrn Baudezernent Setzer,
die gesamte Stadtverwaltung,
meine werten Kolleginnen und Kollegen Stadträte
sowie die anwesenden Damen und Herren und die Presse.

Ich komme mir vor wie ein Menetekel!

Seit Jahren fordern wir einen vorausschauenden Umgang mit unserem Haushalt und wurden oftmals überstimmt. Das Bürgerforum wurde als Verhinderer und Bremser dargestellt. Nun nachdem die fetten Jahre vorbei sind, stellen sich die Stadtoberen und die Fraktionen - die diesen Kurs über Jahre mit ihrem Votum unterstützt haben - hier hin und suchen den Schuldigen für diesen desolaten Haushalt beim Bund, beim Kreis, auf jeden Fall bei anderen.

Alternativlos, so ist die Botschaft. Doch a) hat man die Situation seit geraumer Zeit kommen sehen und b) hat die Verwaltung schlicht keinen Plan wie man mit Mangel umgeht, wenn man sich an das Geldausgeben über Jahre gewöhnt hat. Ich habe wenig Hoffnung auf ein gutes Krisenmanagement.

Kontraproduktiv ist dabei die beschlossene Gewerbesteuererhöhung – die höchste im ganzen Landkreis. Mit Nopperschem Charme war seine gesamte Haushaltsrede darauf aufgebaut, den Gemeinderat auf seine Seite zu ziehen, um eine Erhöhung von Grund- und Gewerbesteuer genehmigt zu bekommen. Da es ja noch nie der Fall war, dass die Verwaltung nach der Pfeife des Gemeinderates tanzen musste, sondern da sich ja die „gute Sitte“ seit Jahrzehnten hält, dass das Gremium nach der Pfeife der Verwaltung tanzt, sehen wir auch in diesem Jahr die Absichten der Verwaltung nicht gefährdet.

Mit dem Bürgerforum werden Sie bei Ihrem Raubzug gegen die Leute „die sich an die Regeln halten und noch Steuern zahlen“ nicht rechnen können. Verschärft wird das Ganze noch durch die absehbare Rezession, welche zu einem deutlichen Rückgang der Steuereinnahmen führen wird.

Herr Erster Bürgermeister Janocha spricht davon, dass kleine Handwerksunternehmen diese Gewerbesteuer-erhöhung nicht betreffen würde, da diese unter dem Freibetrag seien. Der Freibetrag liegt bei 24.500 EUR. Welcher Unternehmer kann von einem Gewinn von 24.500 EUR leben? Das ist weltfremd und ein Schlag ins Gesicht. Es rumort in der Unternehmerschaft. Die großen Unternehmen könnten die Erhöhung verkraften, so Janocha. Mag sein - aber was für eine Symbolik, wenn man gerade jetzt die Gewerbesteuer erhöht und das über die magische Grenze von 400. Es scheint so, dass der Stadtrat an einer weiteren Neuansiedelung von Gewerbe-, bzw. Industrieunternehmen nicht mehr interessiert ist.

Uns vom Bürgerforum wird Klientelpolitik für Unternehmen unterstellt. Völlig richtig ist, in der Fraktion des Bürgerforums sind Selbstständige und Unternehmer. Wir vertreten die Interessen aller Bürger, die durch ihre harte Arbeit das Geld erwirtschaften, das hier so fröhlich ausgegeben wird. Hier im Gremium sitzen eindeutig zu wenige, die wissen, dass das Geld vor dem Ausgeben erst einmal erwirtschaftet werden muss. Und wenn ich immer mehr Geld der hier lebenden Bürger ausgebe, dann muss dieses auch zielgerichtet in die Zukunft investiert werden.

Ein amerikanisches Sprichwort besagt: „Wenn Sie der Bank hunderttausend Dollar schulden, gehören sie der Bank. Wenn Sie der Bank hundert Millionen Dollar schulden, gehört die Bank Ihnen“. Wir glauben natürlich nicht, dass der Oberbürgermeister und die Finanzverwaltung bei der Aufstellung des diesjährigen Haushalts dieses Sprichwort als Leitmotiv vor Augen hatten.

Jedoch ist es auffällig, wie sehr der Herr Oberbürgermeister bei der Aufzählung seiner sieben kommunalen Megatrends darauf bedacht ist, die Ursachen ansteigender Verschuldung bei anderen zu suchen.

Unsere Verwaltung vertritt getreu das Motto: ***Dort wo jeder schuldig ist, ist es das einzige Verbrechen, sich erwischen zu lassen.***

OB und Stadträte müssen einen konsequenten Sparkurs betreiben, ansonsten wird unsere Stadt in absehbarer Zukunft den Finanzierungsnotstand ausrufen müssen. Unser Stadtkämmerer Herr Zipf formuliert dies ähnlich: „Wenn die Verschuldung zu hoch ist, ist ein Gegensteuern nicht mehr möglich".

Es ist ja eigentlich erwiesen, dass eine Haushaltsrede gleich wieder in der Schublade verschwindet, und sich niemand mehr weiter dafür interessiert. Nichtsdestotrotz werden wir auch diesmal wieder den Finger, in die eine oder andere Wunde legen.

Manchmal muss die Vernunft auch siegen, deshalb haben wir vom Bürgerforum uns vom Neubau einer selbstreinigenden Luxustoilette für 200.000 € am Bleyle-Imbiss distanziert. Die öffentliche Toilette nicht mal 200 Meter entfernt im Telekom-Kubus muss reichen.

Aber es ist klar zu erkennen, dass durch Ausgaben für unnötige Prestigeprojekte, wie zum Beispiel die Stadtbrücke, diese Schulden zu Lasten der breiten Bevölkerung sozialisiert werden und der eigene Entscheidungsspielraum kontinuierlich verringert wird. Wobei diese Schuldensozialisierung zusätzlich die Realisierung notwendiger sozialer Projekte verhindert. Damit wenden wir uns natürlich keineswegs gegen die Verwirklichung der Mobilitätsdrehscheibe.

Anders sieht es mit der Schaffung von Parkraum aus – natürlich kein Prestigeprojekt, deshalb setzt man sich nicht gerne damit auseinander. Immer wieder kommt die Idee auf die Grabenstraße in eine Fußgängerzone umzuwandeln – im ersten Blick vielleicht eine gute Idee. Doch lassen wir uns doch alle relevanten Fakten betrachten:

Landauf landab verwandeln sich historische Innenstädte in Museumslandschaften. Restaurants und Imbissbuden prägen das Bild. Mit Wohnen kämpft man gegen den Verlust von Einzelhandelsflächen. Individuelle Mobilität verbannt man aus den Innenstädten, Parkraum für Autos wird reduziert – mit diesem Vorgehen versetzt man dem Einzelhandel den Gnadenstoß. Der Einzelhandel ist keine Umweltbelastung, kein Bittsteller, sondern unser flexibler Dienstleister für alle Menschen, die ihr Geld noch in Backnang ausgeben, Herr Setzer. Die Lösung muss eine andere sein, um unserem Einzelhandel den Rücken zu stärken: kostenloses Parken, ein intelligentes Parkleitsystem, ein Innenstadtkonzept, das zwischen Immobilieneigentümern und Einzelhändler vermittelt, Immobilienprojekte, die die Interessen des Einzelhandels unterstützen und nicht an den Bedürfnissen vorbeiplanen.

Generell sind wir der Auffassung, dass bei derartigen Maßnahmen immer das gesamte System aus Bürgerinteressen, Wirtschaftsinteressen und "es wäre schön, wenn" im Blick gehalten werden muss. Für die Stadtverwaltung ist die Einrichtung einer Fußgängerzone sicherlich sehr einfach, die Finanzierung eines Parkhauses nicht. Darum wundert uns nicht, dass gerne der schnelle und bequeme Weg eingeschlagen wird. Ohne Rücksicht auf die Konsequenzen.

Ähnliche Verhaltensmuster lassen sich auch beim Thema IBA-Projekt ablesen. Wir erinnern gerne an unsere Haushaltsrede vom Dezember 2017. Hier kam bereits von unserer Fraktion der Vorschlag, das Kaelble-Areal als IBA-Projekt einzubringen. Erst von der Verwaltung, vornean Herr Setzer abgetan, dann zum Glück als Chance erkannt. Backnangs Verantwortliche brauchen einfach zu lange, um den Mut für die richtigen Entscheidungen zu finden. Die im Rahmen der Bürgerbeteiligung gemachten Veranstaltungen zeigen das starke Interesse der Backnanger Bevölkerung am IBA-Projekt. Bis dato wurden sehr viele Anregungen und Forderungen der teilnehmenden Bürger aufgenommen. Das reicht von einer Gondel zum Bahnhof bis zu einem Gebäude mit verbilligten Wohnungen für Altenpflegekräfte. Nicht vergessen werden darf die Finanzierungsfrage. Bauvorhaben, welche nur Kosten produzieren und ohne wirtschaftlichen Nutzen sind, werden sicher nicht realisiert werden. Hier liegt die Herausforderung an unsere Stadtplaner die Grundstückseigentümer durch eine abgewogene Win-Win-Realisierung zum Bebauen zu motivieren. Eine Herkulesaufgabe.

Aus unserer Sicht braucht Backnang einen Kommunalen Ordnungsdienst (KOD). Dieser wird ergänzend zum städtischen Vollzugsdienst tätig. Das Sicherheitsgefühl der Bürger in Backnang (z. B. durch die Rauschgiftszene im Bereich der öffentlichen Toilette in der Schillerstraße oder im Umfeld des Bahnhofs) ist vor allem abends und nachts stark beeinträchtigt. Die Präsenz des KOD unterstützt die hervorragend arbeitende Polizei, die jedoch leider personell durch die Umstrukturierung geschwächt ist. Wir fordern spürbare Strafen für Vandalen. Denn solange Gewaltbereite und Verschmutzer das Gesetz nicht spüren, wird unsere Justiz von diesen nicht ernst genommen. Die größte Freiheit ist die, frei von Furcht zu sein. Dafür stehen wir, damit die Bürger das Vertrauen in unseren Rechtsstaat behalten.

Vieles was wir hier im Gremium diskutieren, kann aber in den kommenden Jahren zu Makulatur werden, denn die Welt wird Veränderungen und Verwerfungen nach Backnang tragen, die mir angst und bange werden lassen. Der Jobverlust in der Automobilindustrie hat gerade erst begonnen, die vielbesprochene Transformation und Digitalisierung wird im Ergebnis weniger Arbeitsplätze bringen. Das wissen Kundige, nur aussprechen will es keiner. Der Berliner Republik ist das Geld und der Erfolg der letzten 10 Jahre wohl zu Kopf gestiegen. Das ganze gepaart mit Selbstgefälligkeit sowie öko- und sozialpolitischem Größenwahn. Jetzt in der beginnenden Krise beginnt das große Umverteilen und das Schulden machen.

Und hier schließt sich der Kreis: Backnang hat beschlossen denselben Weg zu gehen. *„Wenn es dem Esel zu wohl wird, geht er aufs Eis und dreht Pirouetten“*, lautet ein Sprichwort, das die deutsche Selbstgefälligkeit treffend beschreibt. Derzeit herrscht auf dem deutschen Eis dichtes Gedränge. Niemand will hören, dass es schon bedrohlich knirscht. Zum Schluss meiner Rede möchte ich den Athener Politiker und Feldherren Perikles zitieren:

Es kommt nicht darauf an, die Zukunft vorauszusagen, sondern darauf, auf die Zukunft vorbereitet zu sein. In diesem Sinne wünsche ich uns allen ein gutes Händchen und viel kommunalpolitisches Geschick bei den gewaltigen Aufgaben, die vor uns liegen.

Anträge zum Haushalt 2020 – Bürgerforum Backnang (BFB)

Antrag 1

a) Wir bitten die Verwaltung das „Sofortprogramm saubere Luft 2017", welche bei der IBA-Veranstaltung im Technikforum am 12.11.2019 an der Pinnwand „Mobilität" präsentiert wurde, in einer der nächsten Gemeinderatssitzungen vorzustellen.
b) Des Weiteren bitten wir eine modifizierte Variante der Osttangente zu präsentieren.

Begründung: wir müssen in Backnang die NO_x-Werte und die Verkehrsbelastung reduzieren sowie den Verkehr verflüssigen. Hierbei bitten wir die Auswirkungen der Backnanger Osttangente vorzustellen, die bereits in den 60er Jahren geplant wurde. Genau diese war im „Sofortprogramm saubere Luft" wieder dargestellt. Die Osttangente der 60er Jahre ist nicht mehr zeitgemäß und muss modifiziert werden. Die alte Planung erfolgte in der Talsohle – diese hätte zu einer erheblichen Lärmbelästigung für die nahegelegenen Wohngebiete geführt. Die neue Verkehrsführung muss auf dem Höhenrücken zwischen Sachenweiler und Backnang gelegt werden und muss dort ca. 4 Meter eingegraben werden (vergl. Ortsumgehung Großsachsenheim). So wird die Straße aus dem Sichtfeld genommen und die Lärmbelästigung minimiert. Langfristig bestünde die Möglichkeit so Wohngebiete in Sachsenweiler und Steinbach neu zu erschließen, ohne einen Innenstadtkollaps zu erwirken.

Antrag 2

Wir bitten um detaillierte Vorstellung des Digitalen Informations- und Verkehrsleitsystems und Präsentation, wie die Verkehrsverflüssigung bei zunehmenden Verkehrsaufkommen erfolgreich gesteuert und umgesetzt werden kann.

Begründung: *An den Knotenpunkten (Bleichwiese/Kreuzung Chelmsford-Brücke/Kawag-Kreisel) von Backnang bricht der Verkehr bereits zusammen. Wie kann dann ein intelligentes Verkehrsleitsystem funktionieren?*

Antrag 3

Wir beantragen die Einführung eines Ortschaftsrates mit Ortsvorsteher für den Wohnbezirk Sachsenweiler, da am Ortsschild von Sachsenweiler nun auch kenntlich gemacht wurde, dass es sich um einen „Stadtteil der Großen Kreisstadt Backnang" handelt.

Begründung: Sachsenweiler hat mit ca. 1.485 Einwohnern eine größere Einwohnerzahl wie Strümpfelbach (EW 927 mit Staigacker) und Heiningen (EW 1.177). Sachsenweiler beansprucht eine andere Wertigkeit. Die Bewohner von Sachsenweiler fühlen sich in der Stadt Backnang nicht vertreten.

Antrag 4

a. *Wir beantragen die Rückstellung des millionenschweren Prestigeprojektes „Stadtbrücke". Hier haben wir die Möglichkeit bei fehlenden Finanzen das Delta zu minimieren.*

b. *Wir bitten um Prüfung, ob alternativ der barrierefreie Zugang zu Gleis 2+3 über die Westbrücke beim Busbahnhof mit der Errichtung eines Personenaufzuges realisierbar ist.*

Antrag 5

Für unsere Jugend fordern wir den seit Jahren gewünschten und versprochenen Bau eines Sport-, Skate- und Freizeitparks, und zwar zwischen dem Murrtalviadukt und dem technischen Hilfswerk.

Begründung: In der Jugendumfrage 2018 zeigte sich erneut, dass dieser Bedarf nicht außer Acht gelassen werden darf und unverändert bei unseren Jugendlichen besteht! Diese so sehr gewünschte Freizeitanlage würde sich hervorragend in das Projekt IBA 2027 einfügen. Dies muss schon im Vorgriff umgesetzt werden. Wir bitten um Vorstellung einer zeitnahen Planung und dessen Umsetzung.

Antrag 6

Die Verwaltung legt umgehend die erhöhten Kosten für das Hochwasserbecken in Oppenweiler dar. Derzeitig laufen Überplanungen. Die Beschlussfassung für den Bau erfolgte durch den Gemeinderat über eine veranschlagte Bausumme von ca. 8 Mio. €. Das Bürgerforum mahnte damals die lückenhafte Planung an und wies darauf hin, dass vergleichbare Hochwasserrückhaltebecken im Remstal bereits mit 16 Mio. veranschlagt waren. Deshalb stimmte die Fraktion des BfB gegen den Baubeschluss.

Begründung: Derzeit erfolgt eine Überplanung, da die erste Ausführung fehlerbehaftet war und so nicht umgesetzt werden kann. Wir gehen davon aus, dass die Kostensteigerung aus der Folgeplanung zu einer deutlichen Mehrbelastung unseres Haushalts führen wird. Jede Million Mehrkosten des Hochwasserschutzbeckens bedeuten für den städtischen Haushalt Mehrkosten von 165.000 €. Diese außerordentlichen Baukosten belasten unseren Haushalt zusätzlich.

Antrag 7

Wir fordern einen Kommunalen Ordnungsdienst (KOD) ergänzend zum städtischen Vollzugsdienst, wie in Waiblingen. Der städtische Vollzugsdienst muss sich zurzeit überwiegend um Vandalismus, Vermüllung, Park- und Geschwindigkeitsverstöße, Straßensperrungsmaßnahmen und Feldschutz im Stadtgebiet kümmern.

Begründung: *Das Sicherheitsgefühl der Bürger in Backnang (z. B. durch die Rauschgiftszene im Bereich der öffentlichen Toilette in der Schillerstraße oder im Umfeld des Bahnhofs) ist vor allem abends und nachts stark beeinträchtigt. Die Präsenz des KOD unterstützt die hervorragend arbeitende Polizei, die jedoch leider personell durch die Umstrukturierung geschwächt ist. Der KOD soll präventiv wirken und Präsenz zeigen, um vorbeugend für Ordnung zu sorgen. Des Weiteren kann er die Ämter bei Spielhallen-, Gaststätten- und Jugendschutzkontrollen sowie dem Feldschutz unterstützen.*

Antrag 8

Wir fordern die umgehende Instandsetzung der Überlaufrinne des Nichtschwimmerbeckens im Freibad Backnang.

Begründung: Die Überlaufrinne ist defekt – durch jahrzehntelangem Sanierungsstau und dem Alterungsprozess löst sich der Rinnenkörper der Überlaufrinne mit den anschließenden Fliesen großflächig auf. Eine Sanierung ist heute noch kostengünstig und überschaubar mit 250.000 € realisierbar. Diese Mittel müssen sofort, vor der kommenden Freibadsaison, zur Verfügung stehen, da ansonsten ein Totalschaden des Beckenrandes mit Kosten von bis zu einer Million € droht. Die Stahlbewährung des Betonbeckens korrodiert, da diese durch das Chlorwasser angegriffen wird. Die Abdichtungsschicht auf dem Beton ist durch das abplatzen der Fliesen zerstört.

Antrag 9

Die Stadt muss offenlegen, welche Wiesen/Felder/Äcker sich im Besitz der Stadt Backnang befinden. Somit kann dann der Gemeinderat darüber entscheiden, welche zur Nutzung einer Hundewiese geeignet sind. So zeigen wir dem Bürger, dass ein Teil der Steuereinnahmen zweckgebunden und augenscheinlich eingesetzt werden.

Begründung: *Hundewiesen oder „Leinen los in Backnang". Viele Backnanger Bürger zahlen brav ihrer Hundesteuer und das nicht zu knapp. Wir müssen mit diesem Geld etwas Positives für die Hunde, für Frauchen und Herrchen tun. Die Hunde brauchen Auslauf, sie wollen rennen und spielen. Wir fordern Hundewiesen, auf denen sich die Hunde nach Herzenslust austoben können und so auch ein sozialer Treff für Hunde und der Besitzer entsteht. Was ist eine Hundewiese? Dies ist ein umzäunter Bereich, in dem sich Hunde frei bewegen dürfen.*

Antrag 10

„Murrkinder sollen schwimmen können."

a) Wieviel % der Grundschüler wird ein Schwimmunterricht im Wonnemar Backnang erteilt?

b) Wie viele Grundschüler der Backnanger Schulen bestehen die Prüfung zum Seepferdchen (25 Meter Schwimmen und schultertiefes Tauchen)?

c) Wieviel % unserer Grundschüler haben am Ende der Grundschulzeit die Schwimmkompetenz als Freischwimmer erreicht (200 Meter Schwimmen und gesteigerte Tauchanforderung)?
d) Da wir über kein kreiseigenes Schwimmbad (wie Fellbach, Schorndorf und Murrhardt) verfügen, muss die Verwaltung der Stadt Backnang uns eine Zielsetzung vorstellen, wie eine Fördermaßnahme dahingehend aussieht, dass Grundschüler mit Abschluss der 4. Klasse schwimmen können.

Begründung: Sportlehrer der weiterführenden Schulen beklagen sich über mangelnde Schwimmfähigkeit. Um das Ziel einer umfassenden und allgemeinen Schwimmförderung der Backnanger Murrkinder zu erreichen, müssen in den Haushalt Mittel eingestellt werden. Laut einer Studie der Deutschen Lebens- Rettungs-Gesellschaft e. V. (DLRG) können immer weniger Kinder sicher schwimmen. So waren es in den 80er Jahren noch 90%, so sind es heute nur 40% aller Kinder, die mit Abschluss der 4. Klasse das Jugendschwimmabzeichen erworben haben. Der sogenannte Freischwimmer gilt als Mindestvoraussetzung für sicheres Schwimmen.

Antrag 11
Wir beantragen die umgehende Sperrung der Einfahrt von der Grabenstrasse in das Parkhaus Stadtmitte.

Begründung: Wir sind der Überzeugung, dass das PKW-Aufkommen in der Grabenstraße am besten dadurch reduziert werden könnte, wenn man das Stadtmitte-Parkhaus nur noch über die Talstraße anzufahren ist. Eine deutliche Beschilderung ist im Stadtbereich anzubringen. Das ist der Schritt zur Beruhigung der Grabenstraße.

Antrag 12:
Erhöhung des Parkplatzangebotes auf der Bleichweise durch die Planung für den Neubau eines Parkhauses/Parkdecks.

Begründung: Die Anzahl der Stellplätze auf der Bleichwiese, welche den Besuchern der Innenstadt zur Verfügung stehen, wurde in den letzten Jahren sukzessive verringert. Zahlreiche Stellplätze verschwanden durch die Planung des Annonay-Gartens sowie durch Zuordnung für Anwohner und Gewerbetreibende. Von der Bleichwiese aus ist die Backnanger Einkaufszone optimal zu erreichen. Bei ausreichendem Parkplatzangebot an dieser Stelle und einem Anreiz, das Parken für mind. 2 Stunden kostenfrei anzubieten, wird - verbunden mit einem intelligenten Park- und Leitsystem - der schleichende Parksuchverkehr aus der Grabenstraße und auch aus der Marktstraße genommen. Der Verkehr wird somit intelligent abgefangen und gelangt erst gar nicht in das Zentrum. Es kann nicht Ziel sein, das Auto aus den Innenstädten zu verbannen. Diese Lösung stärkt dem Einzelhandel den Rücken und macht einen Besuch der Innenstadt attraktiv! Ob in die Höhe oder in die Tiefe gebaut wird, dürfen die Planer entscheiden.

Antrag 13
Wir fordern spürbare Strafen für Vandalen und damit verbunden eine Überarbeitung des Bußgeldkataloges.

Begründung: Solange Gewaltbereite und Verschmutzer das Gesetz nicht spüren, wird unsere Justiz von diesen nicht ernst genommen.

Antrag 14
Wir fordern eine umgehende Überarbeitung der Hallenbenutzungssatzung der städtischen Sporthallen. Im Vordergrund steht die Erweiterung der Öffnungszeiten.

Begründung: Die bestehende Hallenbenutzungssatzung ist 36 Jahre alt und nicht mehr zeitgemäß. Erst kürzlich wies die Weltgesundheitsorganisation WHO erneut darauf hin, dass dringend Maßnahmen erforderlich sind, welche die körperliche Aktivität von Mädchen und Jungen steigern. Weltweit bewegen sich 4 von 5 Jugendlichen zu wenig, d.h. weniger als eine Stunde pro Tag. Sie gefährden damit ihre gegenwärtige und vor allem zukünftige Gesundheit. Es gelte laut WHO auf allen politischen Ebenen die Bedeutung von körperlicher Aktivität für die Gesundheit und das Wohlbefinden aller Menschen zu fördern.

In Backnang sind die teuren Sporthallen oft unbenutzt. Dies gilt vor allem an Samstagen sowie Sonn- und Feiertagen als auch in den Ferien. Es muss die Möglichkeit geschaffen werden, die Hallen an diesen Tagen zu öffnen, zum freien Bewegen für Viele und nicht nur ausnahmsweise für den Leistungssport von Wenigen.
Bei flexiblen Öffnungszeiten am Sonntagmorgen, könnten die Mütter mit ihren Kindern Sport treiben während der Papa kocht.

Diese Maßnahme ist auch wichtig im Hinblick auf den Wegfall von 3 Hallenteilen über 1,5 – 2 Jahre durch den geplanten Neubau der Karl-Euerle-Halle.

Antrag 15
Wir fordern die zugesagte und in der Schublade verschwundene Einladung zum Sportlerstammtisch 2019 für Gemeinderäte und Sportlehrer im Jahr 2020 umzusetzen.

Begründung: Da von der Stadtverwaltung ein neuer Sportentwicklungsplan nicht gewünscht wird, muss das Versprechen der Stadtverwaltung vom 6. November 2018 eingehalten werden. Im Gremium „Sportstammtisch" gilt es die Zukunft des Backnanger Sports zu diskutieren, und zwar in den Bereichen der allgemeinen Bewegungsförderung, organisierter Schul- und Vereinssport (Behinderten- bis Leistungssport) sowie vereinsunabhängiger Freizeit- und Gesundheitssport. Die Hinzuziehung von professionellen Anbietern ist zu prüfen.

Antrag 16
Die Stadtteilbewohner von Maubach fordern ein Beachvolleyballfeld. Die Stadtverwaltung unterstützt diese Maßnahme und setzt sie um. Die Mittel sind noch diesem Haushalt bereitzustellen.

Begründung: Die Kugelstoßanlage in Maubach wird seit 18 Jahren nicht benutzt. Sie kann und soll durch ein Beachvolleyballfeld ersetzt werden. Viele Maubacher wünschen sich dies. Das kürzlich durchgeführte Lärmgutachten wurde positiv bewertet. Eine baldige Planung und Umgestaltung mit Hilfe der Maubacher Bevölkerung zur Kostenreduktion ist problemlos möglich. Dies führt zu einer weiteren Erhöhung der Wohnqualität für die Maubacher.

Antrag 17
Karl-Euerle-Halle – die Verwaltung hat zu prüfen und Vorschläge vorzulegen, wie eine Nutzung im Rahmen des Schulsports bis zum Beginn des Neubaus sichergestellt werden kann. Ansonsten muss der Sportbetrieb in der Karl-Euerle-Halle umgehend eingestellt werden.

Begründung: Dem Gemeinderat wurde am 23.11.2019 eine in einem desolaten Zustand befindliche Karl-Euerle-Sporthalle präsentiert. Geruchsbelästigungen in den Nassbereichen, nicht behobene Wasserschäden, eine defekte oder falsch eingestellte Heizungsanlage, ein verdreckter und verklebter Hallenboden, usw. Eine laufende Instandhaltung und Pflege scheinen nicht mehr in notwendigem Umfang zu erfolgen. Der aktuelle, auch durch Unterlassung hervorgerufene Zustand der Halle, macht eine sofortige Schließung für den Schulsport notwendig.

a. *Eine Gesundheitsgefährdung der Schülerschaft ist gegeben. Der Hallenboden ist massiv verklebt und verdreckt mit Harz und damit für den Schulsportunterricht nicht mehr geeignet. Diese Rückstände auf dem Hallenboden, können zu schweren Knieverletzungen wie Distorsionen und Kreuzbandrupturen im Schulsport führen.*
b. *Vermutlich ist die Heizungsanlage defekt oder falsch eingestellt, da die Sporthalle zum Besichtigungszeitpunkt überhitzt war. In einer Bewegungshalle sind 17-18 Grad erwünscht. Unnötige Heizkosten belasten den Haushalt.*
c. *Die Geruchsbelästigung in den WCs und in den Duschen ist unzumutbar. Natürlich kann man durch regelmäßige Wasserzufuhr in die ausgetrockneten Siphons entgegenwirken.*
d. *Eine Wand ist durch einen Wasserschaden enorm beeinträchtigt. Dieser Versicherungsschaden muss gerichtet werden.*

Es reicht nicht einen Hallenneubau zu initiieren und dann auch durch mangelndes Objektmanagement die vorhandene Liegenschaft unbrauchbar werden zu lassen und die zwanghafte Notwendigkeit eines Neubaus zu unterstreichen.

Wir fordern ein detailliertes Notfallprogramm, das die Nutzung der bestehenden Halle bis zum Beginn des Neubaus garantiert sein muss.

Antrag 18
Dem Gemeinderat Backnang werden die von den Ortschaftsräten erstellten Haushaltsanträge der 5 Stadtteile zeitnah präsentiert.

Begründung: Seit Jahrzehnten warten die Ortschaftsratsmitglieder der 5 Stadtteile auf die Umsetzung vieler ihrer Haushaltsanträge. Nicht nur die gewünschten Gelder werden nicht bewilligt, es erfolgt auch keine Information durch die Stadtverwaltung im Ortschaftsrat. Dies wird nicht länger von den Vertretern der Bürgerschaft toleriert.

Antrag 19
Die Misteln im Baumbestand der Stadt Backnang werden im Winter 2019/2020 beseitigt.

Begründung: Auf vielen Bäumen der Stadt BK sind Misteln vorhanden. Zum Schutz der noch nicht befallenen Bäume und insbesondere zum Schutz unserer wertvollen Streuobstwiesen, müssen diese umgehend beseitigt werden. Auch sind schon Laubbäume befallen z.B. an der Kitzbüheler Straße Fahrtrichtung Backnang. Unser OB Dr. Nopper besitzt ein Zertifikat im Mistelschneiden vom OGV. Er kann dem Bauhof sicher entscheidende Hinweise liefern bei der Backnanger Aktion „Misteln töten Bäume – weg damit".

Antrag 20
Einzelne öffentliche Ausschusssitzungen des Gemeinderates sollen zukünftig auch in Räumen der Backnager Stadtteile stattfinden.

Begründung: Viele Räte haben wenig Beziehung zu den Stadtteilen, für die sie auch verantwortlich sind. Zum Informationsgewinn über die Stadtteile ist dies dringend nötig, da auf die Stadtteile mehr als 25% der Backnanger Bevölkerung entfallen.

Antrag 21
Die Stadt Backnang prüft, ob es auf städtischen Freiflächen die Möglichkeit besteht, einen Solarpark wirtschaftlich zu errichten.

Begründung: Im Zeichen der E-Mobilität muss auch in Backnang eigener Strom erzeugt werden. Ein Konzept dafür muss dringend vorangetrieben und im Verlauf des Jahres 2020 vorgestellt werden. Vorzugsweise werden Umsetzungsmöglichkeiten auf städtischem Gelände geprüft.